

Damit der Deckel nicht zum Sieb wird

Kategorie: Deutschland

Veröffentlicht: Freitag, 04. Oktober 2019 12:11



04.10.2019: Demo in Berlin für

Mietstopp und Mietendeckel ++ SPD will gemeinsame Vereinbarung zu Mietendeckel brechen ++ DIE LINKE stellt klar: "Ein reines Einfrieren der Mieten wird es mit der LINKEN nicht geben!"

Trotz Regen haben weit über 4.000 Menschen am Donnerstag (3.10.) in Berlin an der Demonstration »Richtig deckeln, dann enteignen – Rote Karte für Spekulation« teilgenommen. Über 50 Initiativen, Verbände und Organisationen hatten zu der Demo aufgerufen.

Der Anlass für die Demonstration war die sich zuspitzende Diskussion über den geplanten Mietendeckel sowie die bereits drei Monate andauernde rechtliche Prüfung des Volksbegehrens »Deutsche Wohnen & Co enteignen«. "Das Vorhaben steht unter Beschuss und der aktuelle Entwurf macht aus dem Deckel ein Sieb", heißt es in dem [Aufruf des Bündnisses](#) »Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn«. Mit dem Protest wolle man dem Senat zeigen, dass es einen richtigen Mietendeckel und dann die Enteignung der Immobilienkonzerne brauche.



"Im Moment ist Wohnraum ein Spekulationsobjekt. Eine Wohnung zu besitzen und dann die Miete regelmäßig zu erhöhen, ohne irgendetwas dafür zu tun, spült den Leuten Geld in die Tasche – und

*damit muss Schluss gemacht werden. Deshalb reicht ein kurzfristiges Instrument, das etwas abfedert, nicht. Nur Wohnraum als Gemeingut beendet Spekulation. Wir fordern die Enteignung beziehungsweise Vergesellschaftung von Wohnraum. Das heißt: die Überführung der Bestände in die Hände der Mieter*innen und der Stadtgesellschaft."*
Mieteraktivistin Susanna Raab
(nd, 1.10.19: "[Wir wollen einen radikalen Deckel](#)")

Der Koalitionsausschuss von SPD, DIE LINKE und Grünen hatte sich am 29. August auf einen Gesetzentwurf für Mietenstopp und Mietendeckel auf Grundlage eines Papiers der Senatorin für Wohnen, Katrin Lomscher (DIE LINKE), geeinigt. Die Möglichkeit zur Absenkung war hier bereits ein zentraler Bestandteil. Doch die SPD stellt den Kompromiss jetzt in Frage. Sie will vom Mietendeckel nichts mehr wissen. Der Senatsbeschluss für ein Berliner Mietengesetz, der nach dem bisherigen Terminplan am 15. Oktober gefasst werden soll, steht deshalb auf der Kippe. Dabei ist der zurzeit verhandelte Entwurf im Vergleich zur Rohfassung bereits entschärft und sogar weicher als der Vorschlag des Berliner Mietervereins. (siehe [kommunisten.de](#), 5.9.19: "[Kampf um Mietendeckel in Berlin](#)")

Berliner Mietendeckel

Einstiegsdroge in die Planwirtschaft

Der geplante Mietendeckel in Berlin hat etliche Nebenwirkungen. Ein wenn man ihn wieder absetzt - dann müssen sich Mieter auf drastisc

Spiegel Online, 28.9.19

"Der Mietendeckel könnte wie eine Droge wirken: Sie bewirkt einen Rausch, aber man erreicht schnell einen Zustand, in dem es ohne ihn nicht mehr geht. Bis hin zu Entzugserscheinungen, die große gesellschaftliche Schmerzen verursachen"
[Spiegel Online, 28.9.19](#)

Damit der Deckel nicht zum Sieb wird

Kategorie: Deutschland

Veröffentlicht: Freitag, 04. Oktober 2019 12:11



Der Koalitionskrach entzündet sich an dem Instrument der Mietabsenkung. Der aktuelle Gesetzentwurf sieht die Möglichkeit vor, die Miete zu senken, knüpft dies aber an Bedingungen. Eine Absenkung ist demnach nur möglich, wenn die Nettokaltmiete einer Wohnung über der Mietobergrenze liegt und 30 Prozent des Gesamt-Nettoeinkommens des Haushalts übersteigt. Die Mieter*innen kritisieren, dass schon der aktuelle Entwurf aus dem Deckel ein Sieb mache.

"Wir haben schon eine Mietpreisbremse, die nicht bremst, wir brauchen nicht auch noch einen Deckel, der nicht deckelt."

DIE LINKE kämpft vehement für den Vorschlag der Bausenatorin, der nicht nur einen Mietenstopp, sondern auch die Absenkung "überhöhter Mieten" vorsieht.

Demgegenüber erteilt der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) dem Gesetzentwurf in wichtigen Teilen eine Absage. Er gehe davon aus, dass "die gesamten Vorhaben zur Absenkung der Mieten aus dem Gesetz herausgenommen werden", sagte er Ende September beim Spitzenverband der deutschen Immobilienwirtschaft (ZIA). Während gestern (3.10.) mehrere Tausend Mieter*innen durch die Stadt zogen, bekräftigte der Regierende Bürgermeister, dass er eine Absenkung von Bestandsmieten für problematisch halte, weil dies rechtliche Unsicherheiten und einen erhöhten Verwaltungsaufwand mit sich bringen könnte.

Damit der Deckel nicht zum Sieb wird

Kategorie: Deutschland

Veröffentlicht: Freitag, 04. Oktober 2019 12:11



Auch Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) hält nichts von einer Mietenabsenkung. Er will als Grundlage für den Deckel den Mietspiegel von 2019 heranzuziehen. Im Entwurf ist vorgesehen, als Grundlage für den Deckel den niedrigeren Mietspiegel von 2013 zu wählen, weil damals die Mieten noch einigermaßen bezahlbar waren. Wird der Mietspiegel von 2019 zu Grunde gelegt, wäre ein einfaches Einfrieren der Mieten die Folge, was mit der versprochenen Deckelung nichts mehr zu tun hat. "Diejenigen Vermieter, die fett zugeschlagen haben, würden bei einer Zugrundelegung des Mietspiegels 2019 belohnt", kritisierte die Landesvorsitzende der LINKEN, Katina Schubert.

"Ein reines Einfrieren der Mieten wird es mit der LINKEN nicht geben!"



"Die SPD stellt zentrale Bestandteile infrage, unter anderem die Mietobergrenzen und der Absenkungen", kritisiert Katina Schubert und stellt klar: "Ein reines Einfrieren der Mieten wird es mit der LINKEN nicht geben!" Die Mieterinnen und Mieter wären "gekniffen", so Schubert, wenn die Rückwirkung des

Mietendeckels nicht gültig wäre und als Grundlage für das Instrument der Mietspiegel 2019 herangezogen würde.

Vizesenatschef und Kultursenator Klaus Lederer (DIE LINKE) verteidigt den Mietendeckel ebenfalls und erinnert daran, dass der Berliner Senat, getragen von SPD, Grünen und LINKEN, gemeinsam einen Eckpunktebeschluss gefasst hat, der "das Einfrieren der Mieten genauso vor(sieht) wie Mietobergrenzen und die Möglichkeit, unter bestimmten Bedingungen abzusenken". "Mietsenkungen komplett auszuschließen bricht die gemeinsame Verabredung zu Ziel und Verfahren und gefährdet die selbst gesteckten Ziele inklusive der Stichtagsregelung", schreibt Lederer.

**Wir finden nicht, dass ein
bisschen Symbolpolitik
genügt.**



"Der Berliner Senat, getragen von SPD, Grünen und LINKEN, hat am 18. Juni gemeinsam einen Eckpunktebeschluss gefasst, der im Amtsblatt veröffentlicht wurde. Er sieht das Einfrieren der Mieten genauso vor wie Mietobergrenzen und die Möglichkeit, unter bestimmten Bedingungen abzusenken. Daraufhin haben übrigens einige Wohnungskonzerne und Genossenschaften nichts Besseres zu tun gehabt, als umgehend Mieterhöhungen zu verschicken. Auf Basis des Eckpunktebeschlusses hat die Senatsverwaltung für

*Stadtentwicklung und Wohnen
einen Gesetzentwurf
erarbeitet. Bisher sagen alle
uns vorliegenden
Einschätzungen, dass sowohl
Absenkungen als auch
Obergrenzen zulässig sind.
Das Mietendeckelgesetz
möglichst rechtssicher zu
gestalten ist richtig. Daran
arbeiten wir. Die
Rechtssicherheit aus dem
Senat selbst heraus
permanent in Frage zu stellen,
ist dabei übrigens nicht
hilfreich.*

*Auch die Umsetzbarkeit durch
die Verwaltung ist ein Thema,
an dem wir derzeit intensiv
arbeiten.*

*Wir wollen aber nicht, dass am
Ende diejenigen belohnt
werden, die die Mieten vor
Inkrafttreten des Gesetzes
schnell noch mal erhöhen oder
schon erhöht haben. Wir
wollen außerdem nicht, dass
diejenigen belohnt werden, die
in den vergangenen Jahren
bis an den Rand des rechtlich
Zulässigen oder sogar darüber
hinaus zugelangt, und erst
recht nicht diejenigen
bestrafen, die sich bisher aus
sozialer Verantwortung bei
Mieterhöhungen
zurückgehalten haben.*

*Wir finden nicht, dass ein
bisschen Symbolpolitik
genügt. Wir werden auch
niemand auf zu hohen Mieten
sitzen lassen, weil
Absenkungen durchzusetzen
anstrengend ist oder
ordentlich Gegenwind der
Lobbyverbände erfährt.
Mietsenkungen komplett
auszuschließen bricht die
gemeinsame Verabredung zu*

Ziel und Verfahren und gefährdet die selbst gesteckten Ziele inklusive der Stichtagsregelung. Ich finde nicht, dass dieses Risiko verantwortbar ist. Wir haben den Mieterinnen und Mietern als rot-rot-grüne Koalition angekündigt, dem Irrsinn der Mietenexplosion in Berlin wirksam etwas entgegenzusetzen. Daran wird man uns messen und das muss jetzt das Ziel unser aller Anstrengungen sein."

Klaus Lederer, Facebook,
<https://www.facebook.com/DrKlausLederer/posts/2591178887601173>

Der LINKEN-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Udo Wolf bekräftigte, dass sich DIE LINKE nicht mehr erpressen lassen wird. "Geändert hat sich die Art und Weise, wie Konflikte in der Koalition ausgetragen werden. Wir lassen uns nicht mehr erpressen. Eine Dreierkonstellation muss anders funktionieren. Deshalb lautet die Frage: Was will Rot-Rot-Grün mit dem Mietendeckel?", sagte er gegenüber dem Tagesspiegel.

Auf der gestrigen Demo hieß es, der Senat habe die Wahl: Entweder er stelle sich auf die Seite der Immobilienwirtschaft oder auf die der Mieter*innen.

mehr zum Thema Wohnen und zur Berliner Wohnungspolitik auf kommunisten.de

- [Kampf um Mietendeckel in Berlin](#)
- [Größte deutsche Wohnungskonzerne in der Hand von Blackrock & Co](#)
- [Der Berliner Mietendeckel – ein Leuchtturmprojekt?!](#)
- [Berliner Senat beschließt Mietendeckel](#)
- [Mietstopp für Berlin](#)
- [Mietpreis-Explosion und Wohnungsnotstand - Ursachen und Alternativen](#)
- ["Deutsche Wohnen & Co enteignen" gestartet. Vom Guerillakrieg zur Feldschlacht](#)
- [Rekordgewinne durch Spitzenmieten](#)
- [Deutsche Wohnen & Co. enteignen. Video von der Infoveranstaltung von DIE LINKE und Trettachzeile 15](#)
- [Deutsche Wohnen & Co. enteignen](#)
- [Mieten stoppen?! Geht doch!](#)
- [»Deutsche Wohnen« enteignen!](#)
- [Verkämpft im Wohnungskampf? Über die Sackgassen der Wohnungspolitik](#)
- [Was tun gegen Mietenwahnsinn?](#)

- [Berlin: Was wurde von rot-rot-grün in einem Jahr in der Wohnungsfrage geschafft?](#)
- [Andrej Holm: „...doch ein Rücktritt ist kein Rückzug aus der Stadtpolitik“](#)
- [Holm - eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung](#)
- ["Organisiert die nächsten Proteste, anstatt zu gratulieren"](#)

Anzeige



isw-Report zur Wohnungsfrage

Mietpreis-Explosion und Wohnungsnotstand - Ursachen und Alternativen

Autoren: Andrej Holm und
Claus Schreer

[hier bestellen](#)

[Leseprobe](#)